



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/103 - 4. Mai 1956

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Wehrpflicht-Debatte, Teil I	S. 1
Die Gegensätze zwischen ÖVP - SPÖ/Bericht aus Wien	S. 3
Das Bundespresseamt - kritisch beleuchtet	S. 5
Startschuss für die bayrische Erdölgewinnung	S. 6

## Erlers zwingende Beweisführung

sp. Alles, was es bisher im Deutschen Bundestag an Diskussionen über Fragen einer künftigen westdeutschen Bundeswehr gegeben hat, wirkt in der Rückschau nur als Auftakt auf das, was am Freitag in Rede und Gegenrede zu dem von der Regierung vorgelegten Wehrpflicht-Gesetz gesagt wurde. Verteidigungsminister Blank interpretierte relativ knapp die erst unmittelbar zuvor von der Bundesregierung ausgegebene Denkschrift über die Frage: Warum brauchen wir die Wehrpflicht? Und die Redner der Koalition wieder gaben eine Paraphrase der Ausführungen Blanks, mit einigen zusätzlichen Gesichtspunkten aus dem gleichen Vorstellungskreis. Sehr starke oppositionelle Grundtöne dagegen klangen in der Rede des FDP-Abgeordneten Wende an.

So war es von vornherein klar, dass das stärkste Interesse sich auf die Rede des Sprechers der Opposition richten würde, zumal man wusste, dass dies Erler sein würde. Er hat sich dieser Aufgabe mit einem Höchstmass an Überzeugungskraft entledigt, seine Rede zeichnete sich in besonderer Masse durch Klarheit der Gedankenführung und Präzision der Formulierung aus. Was war das Wichtigste?

- 1.) Die Legende von der völkerrechtlichen Verpflichtung der Bundesrepublik zur Leistung eines militärischen Beitrages in der Höhe von 500 000 Mann und in der Form der allgemeinen Wehrpflicht wurde endgültig zerstört. Dieser Teil seiner Darlegungen war ein Musterbeispiel zwingender Beweisführung, er gliederte stellenweise mehr einen scharfsinnigen Plädoyer als einer Parlamentsrede. Erler stützte sich auf unbestreitbare Tatsachen aus früheren Verhandlungen im Bundestag selbst bzw. in

4. 5. 1956

seinen Ausschüssen und auf Zeugen von höchstem Gewicht, wie den Generalsekretär der NATO, Lord Ismay und den westdeutschen Außenminister selbst. Der Regierung warf er vor, sich hinter nichtbestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen mit ihrem Wunsch zu verstecken, der jede andere politische Überlegung zudeckt: so schnell wie möglich aber diese 500 000 Mann auf der Grundlage der Wehrpflicht auf die Beine zu stellen.

- 2.) Erlar unterstrich den Widersinn, dass die Regierung zu einem erheblichen Teil auf der Grundlage eines immer noch geheimgelassenen Abkommens operiere und argumentiere, das auf das Jahr 1950 zurückgehe und für eine Bundeswehr gelten sollte, die auch nach den Regierungsberechnungen nicht vor dem Jahre 1960 stehen werde. Dies mache besonders deutlich, wie wenig die Regierung willens und in der Lage ist, mit dem unerhört schnellen Wechsel des strategischen und militärpolitischen Gegebenheiten in ihren eigenen Dispositionen Schritt zu halten.
- 3.) Der Auffassung von der Notwendigkeit starker herkömmlicher Verbände im Hinblick darauf, dass es möglicherweise zu keinem Atomkrieg, sondern "nur" zu einer Auseinandersetzung mit konventionellen Waffen kommen könnte, hielt er Äusserungen des Oberbefehlshabers der NATO, Gruenther, entgegen. Danach werde man bei einem Konflikt wegen der in jedem Fall auch bei existenten 12 deutschen Divisionen zahlenmässigen Überlegenheit der Sowjets auf die Anwendung zumindest von taktischen Atomwaffen nicht verzichten können - worauf bekanntlich die Russen schon mit der Ankündigung geantwortet haben, dann würden sie ihrerseits entsprechende Gegenmassnahmen treffen.
- 4.) Besonders bedrückend, aber auch überzeugend waren die Ausführungen Erlars im Zusammenhang von westdeutscher Aufrüstung und ihren Folgen für die weiteren menschlichen Beziehungen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland, weil eine Wehrüberwachung hier auch eine Wehrüberwachung drüben auslösen würde. Das aber müsste eine neue schwere Behinderung des heute noch bestehenden Verkehrs zwischen den beiden Teilen Deutschlands zur Folge haben.

Aufs Ganze gesehen war die Rede Erlars ein dringender Appell an die Regierung, unter den, gegenüber den Jahren 1950 - 1952, so wesentlich veränderten weltpolitischen Verhältnissen eine gründliche Überprüfung ihres wehrpolitischen Programms vorzunehmen. Einer neuen Lage müsse man mit neuen Mitteln begegnen, sagte er in einem anderen Zusammenhang. Für diese Aufgabe schlug Erlar die Bildung einer unabhängigen Sachverständigen-Kommission vor, zumal die bestehenden parlamentarischen Institutionen in dem letzten Jahre absolut unzureichend bzw. überhaupt nicht zu solchen analytischen Aufgaben herangezogen worden sind.

Zankapfel Verstaatlichung

K.F.-Wien, Anfang Mai

Die wirtschaftspolitischen Gegensätze zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) haben zu Beginn des heurigen Jahres zur vorzeitigen Auflösung des Parlaments geführt. Es ist vor allem die Frage der Verstaatlichung, an der sich die Geister scheiden. Die ÖVP ist gegen die 1946 und 1947 (mit ihren Stimmen) erfolgte Verstaatlichung der Grundindustrie und des Erdöls und strebt eine Reprivatisierung an. Die SPÖ ist für eine Beibehaltung der Verstaatlichung und für einen weiteren Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors. Die Entscheidung liegt beim Wähler, der am 13. Mai zur Urne geht. Zum Komplex Verstaatlichung selbst gibt es aber einige grundlegende Feststellungen zu machen, die zur sachlichen Beurteilung notwendig sind.

Bereits am 5. September 1945 beschloss die damalige provisorische Staatsregierung Österreichs - damals noch zusammengesetzt aus Vertretern der SPD, ÖVP und KPÖ - ein Verstaatlichungsgesetz, das die Übernahme der Unternehmungen der Energiewirtschaft, des Bergbaues, der Erdölproduktion, der Eisenschmelzindustrie, der Starkstromindustrie und des Lokomotiven- und Waggonbaues vorsah. Dieses Gesetz konnte jedoch nicht wirksam werden, weil die sowjetische Besatzungsmacht dagegen Einspruch erhob. Auf Betreiben des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und auf Antrag der sozialistischen Abgeordneten (dem ein Antrag der ÖVP-Abgeordneten folgte) kamen die beiden Verstaatlichungsgesetze zustande, die am 26. Juli 1946 und am 26. März 1947 mit den Stimmen der drei damals im Parlament vertretenen Parteien beschlossen wurden.

Vom ersten Verstaatlichungsgesetz wurden betroffen: 72 Prozent der Aluminiumerzeugung, 95 Prozent der Kohlenproduktion, 97 Prozent der Rohstahl- und Walzmaterialerzeugung, 99 Prozent der Eisenerzeugung und 100 Prozent der Bleierzeugung, der Kupfererzeugung und der Stickstoffdüngerproduktion, ausserdem sämtliche Betriebe der Rohölgewinnung und -verarbeitung, soweit sie vor 1938 nicht im Besitz der späteren westlichen Alliierten waren, ferner verschiedene Unternehmungen des Maschinenbaues, der Elektroindustrie und des Verkehrs sowie die drei grössten Banken. Auf Grund des zweiten Verstaatlichungsgesetzes gingen die wichtigeren Unternehmungen der Elektrizitätserzeugung in den Besitz

der öffentlichen Hand über, soweit sie bis dahin noch Privatunternehmungen waren.

Durch die Verstaatlichung sind nicht die Betriebe selbst, sondern nur die Anteilsrechte an diesen verstaatlicht worden, also etwa die Aktien, Geschäftsanteile oder Kuxe. Wie jede private Gesellschaft haben auch die verstaatlichten Betriebe einen Vorstand, der die Geschäfte führt, und zum grössten Teil auch einen Aufsichtsrat. In den Vorständen und Aufsichtsräten sitzen Vertreter beider Regierungsparteien, also auch der ÖVP, die gegenwärtig mit Nachdruck gegen die Verstaatlichung zu Felde zieht.

#### Noch immer 1951-Preise

Von 1945 bis 1955 wurden in der verstaatlichten Industrie rund 13 Milliarden Schilling investiert. Dennoch sind noch immer grosse Investitionen notwendig, um diesen wichtigen Wirtschaftszweig im Interesse der gesamten Bevölkerung des Landes leistungsfähiger zu machen. Dank der grossen Produktivitätssteigerung in den verstaatlichten Betrieben war es möglich, die Preise trotz steigender Produktionskosten auf dem Stand von 1951 zu halten. Der Preisindex wichtiger Grundstoffe der verstaatlichten Industrie liegt heute beim Sechs- bis Siebenfachen der Preise von 1937, während der Index der übrigen von der Privatwirtschaft erzeugten Industriestoffe im Durchschnitt über dem Zehnfachen von 1937 liegt. Von den niedrigen Preisen profitieren Zehntausende verarbeitende Betriebe der Privatwirtschaft und letzten Endes auch die Konsumenten selbst. Die verstaatlichten Unternehmungen zahlen übrigens dieselben Steuern wie die Privatindustrie mit Ausnahme der Vermögenssteuer, die schon seit jeher von Staatsbetrieben nicht eingehoben wurde. Die Steuerleistung betrug in den Jahren von 1946 bis 1954 rund 3 Milliarden Schilling.

Gegenwärtig sind mehr als 150 000 Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie beschäftigt. Die ständigen Angriffe der ÖVP gegen die Verstaatlichung haben kürzlich die sozialistischen Betriebsräte der verstaatlichten Industrie zu einer Protestresolution veranlasst, in der sie diese Hetze als Gefährdung der Existenz der Arbeiter und Angestellten und darüber hinaus als eine Gefahr für das weitere Gedeihen der österreichischen Wirtschaft bezeichnen. Die Sozialisten sind entschlossen, an der Verstaatlichung nicht rütteln zu lassen und erwarten vom Wähler am 13. Mai eine entsprechende Willensäußerung.

Ein 'Zeitschriftenspiegel' der illustrierten Presse

Vergeudete Steuergelder

sp. Der in Bonn mit einem Kostenaufwand von über 5 Millionen DM errichtete Neubau des Bundespresse- und Informationsamtes ist hauptsächlich dazu da, die Regierung über die öffentliche Meinung des In- und Auslandes sowie über die jeweilige internationale Nachrichtenlage zu unterrichten. Über 20 Mill. DM. an Steuergeldern werden zu diesem Zweck - und zur Unterrichtung der in- und ausländischen Presse über die Absichten der Bundesregierung - jährlich ausgegeben. Rund 400 Personen werden in diesem Amt beschäftigt.

So werden z.B. "Pressespiegel" zusammengestellt. Da gibt es Spiegel der Saarpresse, der Sowjetzonenpresse, der in- und ausländischen Presse, der Zeitschriften - diese wieder aufgegliedert nach Jugend-, Frauen- und anderen Spezialzeitschriften. Darunter befindet sich auch ein Zeitschriftenspiegel der illustrierten Presse. Alle diese Pressespiegel sind "nur für den Dienstgebrauch" bestimmt und haben die Aufgabe, die "politischen Aspekte" der Zeitungen und Zeitschriften wiederzugeben.

Betrachtet man einmal den Spiegel der illustrierten Presse, so erfährt man etwa, eine Zeitschrift, deren Name nichts zur Sache tut, habe über eine verlassene "Mönchsiedlung in der heutigen Türkei" berichtet. Eine andere Zeitschrift befasse sich mit einer "Geheimkonferenz der Scharfrichter Westeuropas", wieder andere mit der Staubplage, dem Fotografieren von Verbrechern und Mördern, der Hochzeit des Fürsten von Monaco, den Adelsfamilien in Frankreich oder etwa der "karitativen Tätigkeit eines seit 175 Jahren bestehenden Geheimbundes in Florenz". "Scraya weinte im Tempel der Liebe" hielt der Zeitschriftenspiegel sogar für so wichtig, um es der Regierung zur Kenntnis zu bringen. Wieso mit allen diesen Zitaten der "politische Aspekt" der Zeitschriften wiedergegeben wird, bleibt unerfindlich.

Dass diese seit langem betriebene, völlig unbrauchbare und überflüssige Berichterstattung nicht bereits denen aufgefallen ist, zu deren dienstlichen Aufgaben die regelmässige Lektüre dieses Pressespiegels gehört, spricht nicht für sie. Andererseits wird es

immer Menschen geben, denen es nichts ausmacht, wenn sie ihre Zeit mit solchen Albernheiten verträdeln, sofern sie nur regelmässig und gut dafür bezahlt werden. Aber das sollte kein Grund sein, ihnen solche Aufgaben zu geben. Denn bei alledem handelt es sich nicht um Privatvergnügen Einzelner, sondern um eine geradezu aufreizend sinnlose Vergeudung von Steuergeldern, gegen die sich vor allem das Parlament zur Wehr setzen sollte.

+ + +

Am Beginn eines neuen Wirtschaftsabschnittes

München

Ein neuer Abschnitt in der Erschliessung der Erdöl- und Erdgasvorkommen hat für Bayern begonnen. Der bayrische Wirtschaftsminister Otto B e z o l d überreichte kürzlich leitenden Persönlichkeiten der bayrischen Mineral-Industrie AG. die erste Genehmigungsurkunde zur Gewinnung von Bitumen. Die Bayrische Mineral-Industrie AG. erhielt für die Dauer von 30 Jahren fünf Einzelkonzessionen für ein Gebiet, das fast 800 000 Hektar umfasst. Damit kann vor allem bei Ampfing im Landkreis Mühldorf mit einer wirtschaftlichen Erdöl-Förderung begonnen werden. In absehbarer Zeit sollen weitere Gewinnungskonzessionen auch an andere Firmen und für neue Felder erteilt werden.

Zwar hatte die Bohrung Ampfing I nur Wasser erbracht; bei den Bohrungen Ampfing II und III war man jedoch schon auf Erdgas gestossen. Und als man die Bohrung Ampfing IV im Sommer 1954 auf eine Tiefe von 1 788 Meter gebracht hatte, wurde sie eruptiv erölfündig. Von da ab wurde die Arbeit methodisch Schritt für Schritt immer stärker vorangetrieben. Heute ist man in Ampfing schon bei der Bohrung Ampfing XII angekommen.

Auch in anderen Gebietsteilen Bayerns begann die Suche nach Erdöl. Im schwäbischen Heinertingen wurden die Bohrungen I, III, IV und V fündig, in Gendorf an der Alz, nur ein Dutzend Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt, wurden drei Bohrungen mit Erdöl und eine mit Erdgas fündig. Nur einige Kilometer davon entfernt stiess man bei Isen ebenfalls auf Erdöl. In Heinertingen und Isen

handelt es sich allerdings nicht um eruptive Quellen. Hier muss das Erdöl ans Tageslicht gepumpt werden.

In Bayern wurden seit 1950 36 Bohrungen auf Erdöl und Erdgas niedergebracht. Davon wurden insgesamt elf auf Erdöl fündig. Wenn sich auch die Fachleute über die Bohrungserfolge weitgehend ausschweigen, wurde inzwischen doch bekannt, dass zumindest die Quellen bei Ampfing und Heinertingen als wirtschaftlich angesehen werden können. Weitere vier Bohrungen wurden auf Erdgas fündig. Davon ist jedoch bisher nur ein Vorkommen für eine wirtschaftliche Ausbeute geeignet.

Die sorgfältigen geologischen und geophysikalischen Untersuchungen haben jedenfalls bisher schon zu beachtlichen Erfolgen geführt, obwohl sich auch heute noch nicht genau sagen lässt, welche Mengen an Erdöl sich nun aus den Gewinnungsfeldern fördern lassen.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau